

Antragstellende Institution (Adresse)

An:

Kreis Stormarn
Fachbereich Bau, Umwelt und Verkehr
– Klimaschutz –
23840 Bad Oldesloe
Per Mail (klimaschutz@kreis-stormarn.de)

Auskunft erteilt ____

Tel ____

E-Mail ____

Bankverbindung ____

Bank ____

BIC ____

IBAN ____

Kassenzeichen ____

Ort, Datum _____

**Antrag auf Gewährung einer Zuwendung:
Zu einer Klimaschutzmaßnahme gemäß der Richtlinie zur Förderung von Klimaschutz am Bau für Gemeinden im Kreis Stormarn**

1. Fördermaßnahme

Richtlinie zur Förderung von Klimaschutz am Bau für Gemeinden im Kreis Stormarn

Erster Antrag der Kommune: _____

oder

Folgeantrag der Kommune: _____

Abschätzung CO₂-Einsparung der zur Förderung beantragten Maßnahme: _____

2. Welche Maßnahme soll gefördert werden

- Photovoltaik-Anlagen** - PV-Anlagen, PV-Anlagen mit Speicher, PV-Anlagen mit Visualisierung für Schulen
- Visualisierung** der direkten Erzeugung von Erneuerbaren-Energien an Schulen
- Solarthermische Anlagen** – zur Heizungsunterstützung oder zur Heizungsunterstützung und Warmwasserbereitung
- Energetische Sanierungsmaßnahmen** - Maßnahmen, die nachweislich über die gesetzlich geforderten Mindeststandards hinausgehen
- Ladestationen**, wenn sie im Zusammenhang mit zusätzlichen Erneuerbaren Energien z.B. PV-Anlagen errichtet werden
- Dachbegrünung**
- Fassadenbegrünung**
- Einbau von Regenwasserzisternen** zur Nutzung von Regenwasser im Außenbereich anstelle von Trinkwasser
- Serverkühlung mittels Erdkühle** anstelle von Klimaanlage mit Treibhausrelevanten Kühlmitteln
- Wärmepumpen zur Nutzung erneuerbarer Wärmequellen oder ungenutzter Abwärme** wie z.B. Geothermie, Abwasserwärme, Abwärme aus anderen Quellen (keine einfachen Luft-Wasser- oder Luft-Luft-Wärmepumpen)

- Nahwärmenetze**
- Innovative Projekte zur CO₂-Minderung** mit konkreter Berechnung
- Insektenfreundliche LED-Straßenbeleuchtung** – nur mit Nachtabstaltung

Eine Beschreibung der Maßnahme gemäß Richtlinie wird als Anlage beigefügt.

3. Kosten und Höhe der Zuwendung

Berechnung der Zuwendung gemäß Rahmenbedingung Richtlinie

(maximal 50% brutto, maximal 10.000 €, Eigenanteil bei Kumulierung mindestens 10% netto)

Kosten der Maßnahme (inkl. MwSt): _____ Euro

Höhe der beantragten Zuwendung: _____ Euro

Kumulierung: Wird eine weitere Förderung beantragt, Höhe? _____ Euro

Es wird die Gewährung einer Zuwendung von insgesamt _____ Euro beantragt.

4. Finanzierungs- und Zeitplan

Ausgaben _____ Euro

Einnahmen (Zuwendung Kreis): _____ Euro

Ggf. weitere Förderung _____ Euro

Saldo (Eigenanteil): _____ Euro

Geplanter Zeitraum der Durchführung der Maßnahme: _____

Die Antragstellerin bzw. der Antragsteller erklärt:

- Mit dem Vorhaben ist noch nicht begonnen worden.
- Die Antragstellerin bzw. der Antragsteller ist für dieses Vorhaben zum Vorsteuerabzug nach § 15 UStG /nicht/ berechtigt. Im Falle einer Vorsteuerabzugsberechtigung sind die sich daraus ergebenden Vorteile besonders ausgewiesen und von den Ausgaben abgesetzt worden.
- Die Antragstellerin bzw. der Antragsteller versichert die Richtigkeit und Vollständigkeit der in diesem Antrag und in den Antragsunterlagen gemachten Angaben.
- Ich versichere, dass mir die subventionserheblichen Tatsachen und die Strafbarkeit eines Subventionsbetruges nach § 264 StGB bekannt sind (s. Anlage u.).

- Die Antragstellerin bzw. der Antragsteller erklärt, dass das betreffende Bauwerk bzw. die Fläche im Eigentum der antragstellenden Kommune liegt und öffentlichen Zwecken dient, wie z.B. Verwaltungsgebäude, Schulen und Kindergärten, Feuerwehrgebäude.
- Die Antragstellerin bzw. der Antragsteller stellt ggf. vorhandene Planungsgrundlagen (z.B. Kostenschätzung TGA-Planer) zur Verfügung und fügt sie dem Antrag als Anlage bei.
- Die Antragstellerin bzw. der Antragsteller verpflichtet sich, etwaige Änderungen der Planung, der Kostenpositionen und des geplanten Zeitrahmens dem Kreis als Fördergeber anzuzeigen (eine Verlängerung der Umsetzungszeit ist auf Antrag möglich gem. Richtlinie), bei Änderung etwaige zu viel erhaltene Fördermittel zurückzuzahlen und den Verwendungsnachweis nach Beendigung der Maßnahme beim Kreis einzureichen.

Unterschrift

Anlage subventionserhebliche Tatsachen und Strafbarkeit von Subventionsbetrug

§ 264 Subventionsbetrug

(1) Mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer

1. einer für die Bewilligung einer Subvention zuständigen Behörde oder einer anderen in das Subventionsverfahren eingeschalteten Stelle oder Person (Subventionsgeber) über subventionserhebliche Tatsachen für sich oder einen anderen unrichtige oder unvollständige Angaben macht, die für ihn oder den anderen vorteilhaft sind,
2. einen Gegenstand oder eine Geldleistung, deren Verwendung durch Rechtsvorschriften oder durch den Subventionsgeber im Hinblick auf eine Subvention beschränkt ist, entgegen der Verwendungsbeschränkung verwendet,
3. den Subventionsgeber entgegen den Rechtsvorschriften über die Subventionsvergabe über subventionserhebliche Tatsachen in Unkenntnis lässt oder
4. in einem Subventionsverfahren eine durch unrichtige oder unvollständige Angaben erlangte Bescheinigung über eine Subventionsberechtigung oder über subventionserhebliche Tatsachen gebraucht.

(2) In besonders schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu zehn Jahren. Ein besonders schwerer Fall liegt in der Regel vor, wenn der Täter

1. aus grobem Eigennutz oder unter Verwendung nachgemachter oder verfälschter Belege für sich oder einen anderen eine nicht gerechtfertigte Subvention großen Ausmaßes erlangt,
2. seine Befugnisse oder seine Stellung als Amtsträger missbraucht oder
3. die Mithilfe eines Amtsträgers ausnutzt, der seine Befugnisse oder seine Stellung missbraucht.

(3) § 263 Abs. 5 gilt entsprechend.

(4) Wer in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 1 bis 3 leichtfertig handelt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(5) Nach den Absätzen 1 und 4 wird nicht bestraft, wer freiwillig verhindert, daß auf Grund der Tat die Subvention gewährt wird. Wird die Subvention ohne Zutun des Täters nicht gewährt, so wird er strafflos, wenn er sich freiwillig und ernsthaft bemüht, das Gewähren der Subvention zu verhindern.

(6) Neben einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr wegen einer Straftat nach den Absätzen 1 bis 3 kann das Gericht die Fähigkeit, öffentliche Ämter zu bekleiden, und die Fähigkeit, Rechte aus öffentlichen Wahlen zu erlangen, aberkennen (§ 45 Abs. 2). Gegenstände, auf die sich die Tat bezieht, können eingezogen werden; § 74a ist anzuwenden.

(7) Subvention im Sinne dieser Vorschrift ist

1. eine Leistung aus öffentlichen Mitteln nach Bundes- oder Landesrecht an Betriebe oder Unternehmen, die wenigstens zum Teil

- a) ohne marktmäßige Gegenleistung gewährt wird und
- b) der Förderung der Wirtschaft dienen soll;

2. eine Leistung aus öffentlichen Mitteln nach dem Recht der Europäischen Gemeinschaften, die wenigstens zum Teil ohne marktmäßige Gegenleistung gewährt wird.

Betrieb oder Unternehmen im Sinne des Satzes 1 Nr. 1 ist auch das öffentliche Unternehmen.

(8) Subventionserheblich im Sinne des Absatzes 1 sind Tatsachen,

1. die durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes von dem Subventionsgeber als subventionserheblich bezeichnet sind oder
2. von denen die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung, Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils gesetzlich abhängig ist.

**Subventionsgesetz
für das Land Schleswig-Holstein
(Landessubventionsgesetz - LSubvG)
Vom 11. November 1977**

Zum 21.06.2011 aktuellste verfügbare Fassung der Gesamtausgabe

Änderungsdaten:
keine

§ 1

Für Leistungen nach Landesrecht, die Subventionen im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches sind, gelten die §§ 2 bis 6 des Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2034).

§ 2

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft. Es findet keine Anwendung auf Anträge, die vor Inkrafttreten dieses Gesetzes gestellt worden sind.

**Gesetz gegen missbräuchliche Inanspruchnahme
von Subventionen (Subventionsgesetz -
SubvG)
SubvG**

Ausfertigungsdatum: 29.07.1976

Vollzitat:

"Subventionsgesetz vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2034, 2037)"

Fußnote

(+++ Textnachweis ab: 1. 9.1976 +++)

Das G wurde als Artikel 2 G 453-18-1-1 v. 29.7.1976 I 2034 (WiKG 1) vom Bundestag mit Zustimmung des Bundesrates beschlossen. Es ist gem. Art. 7 § 4 dieses G am 1.9.1976 in Kraft getreten.

§ 1 Geltungsbereich

(1) Dieses Gesetz gilt, soweit Absatz 2 nichts anderes bestimmt, für Leistungen, die Subventionen im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches sind.

(2) Für Leistungen nach Landesrecht, die Subventionen im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches sind, gelten die §§ 2 bis 6 nur, soweit das Landesrecht dies bestimmt.

§ 2 Bezeichnung der subventionserheblichen Tatsachen

(1) Die für die Bewilligung einer Subvention zuständige Behörde oder andere in das Subventionsverfahren eingeschaltete Stelle oder Person (Subventionsgeber) hat vor der Bewilligung oder Gewährung einer Subvention demjenigen, der für sich oder einen anderen eine Subvention beantragt oder eine Subvention oder einen Subventionsvorteil in Anspruch nimmt (Subventionsnehmer), die Tatsachen als subventionserheblich im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches zu bezeichnen, die nach

1. dem Subventionszweck,
2. den Rechtsvorschriften, Verwaltungsvorschriften und Richtlinien über die Subventionsvergabe sowie
3. den sonstigen Vergabevoraussetzungen

für die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung, Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils erheblich sind.

(2) Ergeben sich aus den im Subventionsverfahren gemachten Angaben oder aus sonstigen Umständen Zweifel, ob die beantragte oder in Anspruch genommene Subvention oder der in Anspruch genommene Subventionsvorteil mit dem Subventionszweck oder den Vergabevoraussetzungen nach Absatz 1 Nr. 2, 3 im Einklang steht, so hat der Subventionsgeber dem Subventionsnehmer die Tatsachen, deren Aufklärung zur Beseitigung der Zweifel notwendig erscheint, nachträglich als subventionserheblich im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches zu bezeichnen.

§ 3 Offenbarungspflicht bei der Inanspruchnahme von Subventionen

(1) Der Subventionsnehmer ist verpflichtet, dem Subventionsgeber unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für Ein Service des Bundesministeriums der Justiz in Zusammenarbeit mit der juris GmbH -

die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind. Besonders bestehende Pflichten zur Offenbarung bleiben unberührt.

(2) Wer einen Gegenstand oder eine Geldleistung, deren Verwendung durch Gesetz oder durch den Subventionsgeber im Hinblick auf eine Subvention beschränkt ist, entgegen der Verwendungsbeschränkung verwenden will, hat dies rechtzeitig vorher dem Subventionsgeber anzuzeigen.

§ 4 Scheingeschäfte, Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten

(1) Scheingeschäfte und Scheinhandlungen sind für die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung und Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils unerheblich. Wird durch ein Scheingeschäft oder eine Scheinhandlung ein anderer Sachverhalt verdeckt, so ist der verdeckte Sachverhalt für die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung, Weitergewährung oder das Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils maßgebend.

(2) Die Bewilligung oder Gewährung einer Subvention oder eines Subventionsvorteils ist ausgeschlossen, wenn im Zusammenhang mit einer beantragten Subvention ein Rechtsgeschäft oder eine Handlung unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten vorgenommen wird. Ein Missbrauch liegt vor, wenn jemand eine den gegebenen Tatsachen und Verhältnissen unangemessene Gestaltungsmöglichkeit benutzt, um eine Subvention oder einen Subventionsvorteil für sich oder einen anderen in Anspruch zu nehmen oder zu nutzen, obwohl dies dem Subventionszweck widerspricht. Dies ist namentlich dann anzunehmen, wenn die förmlichen Voraussetzungen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils in einer dem Subventionszweck widersprechenden Weise künstlich geschaffen werden.

§ 5 Herausgabe von Subventionsvorteilen

(1) Wer einen Gegenstand oder eine Geldleistung, deren Verwendung durch Gesetz oder durch den Subventionsgeber im Hinblick auf eine Subvention beschränkt ist, entgegen der Verwendungsbeschränkung verwendet und dadurch einen Vorteil erlangt, hat diesen dem Subventionsgeber herauszugeben.

(2) Für den Umfang der Herausgabe gelten die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches über die Herausgabe einer ungerechtfertigten Bereicherung entsprechend. Auf den Wegfall der Bereicherung kann sich der Herausgabepflichtige nicht berufen, soweit er die Verwendungsbeschränkung kannte oder infolge grober Fahrlässigkeit nicht kannte.

(3) Besonders bestehende Verpflichtungen zur Herausgabe bleiben unberührt.

§ 6 Anzeige bei Verdacht eines Subventionsbetrugs

Gerichte und Behörden von Bund, Ländern und kommunalen Trägern der öffentlichen Verwaltung haben Tatsachen, die sie dienstlich erfahren und die den Verdacht eines Subventionsbetrugs begründen, den Strafverfolgungsbehörden mitzuteilen.

§ 7 Berlin-Klausel

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 8 Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am ersten Tage des auf die Verkündung folgenden Monats in Kraft.